

Protokoll der Sitzung der Koordinierungskonferenz Steilshoop vom 15. April 2019

Leitung: Egmond Tenten
Protokoll: Dr. Martin Kersting
Teilnehmerzahl: 25

Der vorgeschlagenen Tagesordnung wurde zugestimmt.

Tagesordnung:

1. Gastjuroren für den Wettbewerb zur „Siedlungsentwicklung in Steilshoop Nord“
2. Überlegung zum Umgang der Steilshooperinnen und Steilshooper mit Planung und Wettbewerb (Was wäre zu tun?)
3. Verschiedenes

Zu 1. Martin Kersting gab einen kurzen Aufriss der aktuellen Situation:

Seit 2013 gäbe es Versuche aus dem Stadtteil, mit den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung ins Gespräch über die Bebauung des Nordbereiches zu kommen. Diesem Begehren sei seitens der Politik mit absoluter Ignoranz begegnet worden. So sei seit 2015 die Forderung nach einer integrierten Gesamtplanung aufgestellt worden, die aber vom Senat trotz mehrmaliger Anmahnung nicht einmal zur Kenntnis genommen worden sei.

Der Stadtteilbeirat habe nun auf seiner letzten Sitzung in Absprache mit den Sprechern der Koordinierungskonferenz die Konsequenzen aus diesem ignoranten Verhalten gezogen und auf Basis der gemeinsamen Resolution beider Gremien vom 12. Februar sich geweigert, Gastjuroren in den Wettbewerb zur „Siedlungsentwicklung in Steilshoop Nord“ zu entsenden. Weiterhin habe er seine Forderung nach einem Planungsstopp und echter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger noch einmal unterstrichen

Die inhaltlich dem gemeinsamen Text der Koordinierungskonferenz und des Stadtteilbeirates entsprechende Resolution der Sozial AG wurde vorgestellt

Die Sprecher der Koordinierungskonferenz schlugen vor, ebenfalls auf die Entsendung eines Gastjurors zu verzichten und den begründenden Text¹ des Stadtteilbeirates zu übernehmen.

Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme wurde beschlossen, keinen Vertreter der Koordinierungskonferenz in die Jury zu entsenden.

Der begründende Text wurde einmütig angenommen.

Zu 2. Die Diskussion unter der zentralen Frage, ob man sich vorstellen könnte, das Heft des Handelns selber in die Hand zu nehmen, gliederte sich in zwei Teile: Welche Möglichkeiten bestehen, gegen die aktuelle Planung vorzugehen, bzw. sie zu stoppen und wie kommt man zu einer Planung, welche die Interessen der Steilshooperinnen und Steilshooper berücksichtigt?

Nach wie vor ist noch nicht letztgültig geklärt, ob die ausgehende Verantwortung beim Senat oder beim Bezirk liegt. Die Beantwortung dieser Frage entscheidet letztendlich über die Möglichkeiten des Agierens, etwa ob ein Bürgerbegehren im Bereich des Möglichen liegt.

Hingewiesen wurde auf die hohen Kosten, welches jegliches juristisches Vorgehen schwierig mache. Allerdings sei einer Erstauskunft bei einem Anwalt für Verwaltungstrecht durchaus finanziell tragbar.

Mehrere Teilnehmer machten darauf aufmerksam, dass die Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren den Abriss von Schulgebäuden nicht opportun erscheinen lasse. Man werde den neuen Schulentwicklungsplan (SEPL) besorgen und evtl. dessen Material als Argument nutzen.

Hingewiesen wurde auch darauf, dass geistvolle Kampagnen von Nöten seien. Eine Möglichkeit dazu bestehe am 11. Mai, wo im Kontext des Stadtteiljubiläums der Tag der

Städtebauförderung mit einem großen Aufgebot an Prominenz aus Politik und Verwaltung gefeiert werde.

Weiterhin wurde angeregt, dass ein Maximum an Steilshoopern am 11. Mai die letzte Sitzung der Bezirksversammlung aufsucht, um hier kritische Fragen zu dem Komplex zu stellen.

Neben dem Stoppen der laufenden Planung wurde es von allen Teilnehmern als ebenso bedeutsam angesehen, der behördlichen Planung eine eigene entgegen zu stellen. Konsens war, dass hier die Kosten aus öffentlichen Mitteln getragen werden müssten. Ins Gespräch wurden die eingestellten Gelder aus dem Projekt „Steilshoop 2030“ der Fortschreibung des Integrierten Quartiersentwicklungskonzeptes sowie der Quartiersfonds gebracht.

Die Mittel sollten eingesetzt werden, um sich Fachkompetenz zu verschaffen, um ein Eckpunktepapier als Grundlage eines Integrierten Entwicklungskonzeptes zu entwickeln.

Dieser Vorschlag soll auch in die Sozial-AG und den Stadtteilbeirat getragen werden, um dem Beteiligungsverfahren eine breite Basis zu sichern.

Zu 3. Martin Kersting wies auf die Eröffnung einer Fotoausstellung unter dem Titel „Solidarität macht Mut“ am 17. April (19:00) im JETZT hin, in welcher es um Aktionen in Hamburg gegen das Regime des chilenischen Diktators Augusto Pinochet in den 70er Jahren geht.

iii **Den Stadtteil nicht vor vollendete Tatsachen stellen!**

Beteiligung der SteilshooperInnen an der „Rahmenplanung Nord“ - aber bitte MIT INFORMATIONEN

Die beiden Steilshooper Stadtteilgremien, Stadtteilbeirat und Koordinierungskonferenz, haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 12. Februar 2019 einmütig eine Stellungnahme verabschiedet, in der eine Partizipation der beiden Stadtteilgremien bei der angedachten Erweiterung der Siedlung auf dem Gelände der Schule am Borcherting eingefordert wurde.

Dieses Anliegen wurde durch eine Stellungnahme der Steilshooper Sozial-AG in ihrer Sitzung am 26.03.2019 unterstützt.

Leider sind zu den Forderungen der Stadtteilgremien bisher weder auf Senats - noch auf Bezirksebene nennenswerte Reaktionen zu verzeichnen.

Die Maßnahme greift zutiefst in die Strukturen des Stadtteils ein, daher kann sich die Bürgerbeteiligung nicht darauf beschränken, durch einige Repräsentanten der Gremien im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens marginale ästhetische Details einer weitgehend feststehenden Planung zu bewerten.

Vielmehr ist es notwendig, **vor der Ausschreibung eines Wettbewerbs** gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt dessen Grundlagen zu formulieren.

Daher kann die Koordinierungskonferenz hier und heute **NICHT** darüber entscheiden, welche VertreterInnen in ein Wettbewerbsverfahren entsendet werden sollen.

Zur Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens, an dem wir uns beteiligen sollen, liegen den Steilshooper Gremien jedoch bislang keinerlei Informationen vor.

Die Koordinierungskonferenz befürwortet die Entsendung von Jurymitgliedern für den Stadtteil, wenn diese Mitglieder sich tatsächlich an der Ausschreibung des Wettbewerbs und der Formulierung des Ausschreibungstexts beteiligen und so daran mitwirken können, dass eine stadtteilgerechte Bebauung des Areals stattfinden kann.

Wir bitten daher die für die Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft, diese zeitnah zur Verfügung zu stellen, damit die Steilschooper Gremien sich zur Entsendung von Jurymitgliedern eine begründete Meinung bilden können.